

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Peter Schmitz (FDP)

und

## Antwort

des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen

### Situation der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 1026** vom 5. Oktober 2007 hat folgenden Wortlaut:

Presseberichten zufolge (z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Oktober 2007) hat das Deutsche Krankenhausinstitut in einer aktuellen Studie erhebliche Veränderungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser festgestellt. Demnach sollen in diesem Jahr nur noch rund 40 Prozent der befragten Kliniken einen Gewinn ausweisen, 42 Prozent sollen eine wirtschaftliche Verschlechterung ihrer Lage erwarten und gut ein Drittel der Häuser plant in diesem Zusammenhang einen Stellenabbau.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche entsprechenden Kenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich der Situation der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz vor?
2. Welche wirtschaftlichen Ergebnisse haben die einzelnen rheinland-pfälzischen Krankenhäuser jeweils im vergangenen Jahr erzielt und welche jeweiligen Ergebnisse sind im laufenden Jahr zu erwarten?
3. Welche Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz begegnen den wirtschaftlichen Herausforderungen in welchem Umfang und in welcher Qualität mit einem Abbau von Personal und in welchen Häusern ist mit einem Abbau von Personal zu rechnen?
4. Welche weiteren Maßnahmen ergreifen die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz darüber hinaus, um der veränderten wirtschaftlichen Situation gerecht zu werden?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen der aktuellen wirtschaftlichen Situation in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern hinsichtlich der Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Patienten?

Das **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. Oktober 2007 wie folgt beantwortet:

Zu 1. und 2.:

Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz sind selbstständig wirtschaftende Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft. Aussagen über das Bilanzergebnis des Vorjahres und über die diesjährigen Plandaten der Gewinn- und Verlustrechnungen der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz kann die Landesregierung nicht treffen.

Die Landesregierung hat von der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e. V. allerdings Angaben aufgrund der BAT-Berichterung (BAT = Bundesangestelltentarifvertrag) der Jahre 2003 und 2004 erhalten. Danach haben im Jahr 2003 insgesamt 20 und im Jahr 2004 insgesamt 14 Krankenhäuser aufgrund eines Defizits im pflegesatzfähigen Bereich den BAT-Ausgleich von der Schiedsstelle zugesprochen bekommen. Dieses Ergebnis lässt allerdings nicht den Schluss zu, dass diese Krankenhäuser insgesamt ein Defizit erwirtschaftet haben, da Einnahmen aus den nicht pflegesatzfähigen Bereichen dieser Krankenhäuser die Defizite kompensieren können.

Weiter liegt der Landesregierung eine Länderrumfrage der Länderarbeitsgemeinschaft Krankenhauswesen für das Jahr 2007 vor. Danach wurden 65 Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz nach dem Jahresabschluss 2006 und der Zukunftseinschätzung 2007 befragt. 46 Krankenhäuser haben angegeben, im Jahr 2006 ein ausgeglichenes Jahresergebnis erreicht zu haben. Für das Jahr 2007 erwarten 39 der befragten Krankenhäuser ein positives Ergebnis.

b. w.

Vor dem Hintergrund der am 1. Januar 2009 zu Ende gehenden Konvergenzphase der DRG-Einführung (Diagnosis Related Groups – Diagnosebezogene Fallgruppen) sind Anpassungen in den Krankenhäusern unvermeidlich, wenn man die Ziele des Fallpauschalengesetzes erreichen möchte. Neben der Transparenz und Vergleichbarkeit der Krankenhausleistungen standen die Optimierung der Behandlungsabläufe, der Abbau der Überversorgung, die Verkürzung der Liegedauer und die Begrenzung der Kostensteigerung auf dem Zielplan. Das Erreichen der Ziele setzt auch eine Anpassung der Personalausstattung an die Anforderungen der Leistungserbringung voraus. Nur so sind die über dem Landesbasisfallwert liegenden Krankenhäuser in der Lage, ihre Kostenstruktur in der Höhe dem Landesbasisfallwert anzupassen. Dabei stellt der nach den tatsächlichen Kostenstrukturen im Land ermittelte Landesbasisfallwert eine betriebswirtschaftlich lösbare Anpassungsaufgabe für die Krankenhäuser dar.

Zu 3.:

Die Art und Weise, wie die einzelnen Krankenhäuser ihre Geschäftsführung betreiben, entzieht sich der Kenntnis der Landesregierung. Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Zu 4.:

Nach der vorab erwähnten Umfrage der Länderarbeitsgemeinschaft für das Jahr 2007 haben 56 von 65 Krankenhäusern eine Zielplanung zur Standortentwicklung der nächsten drei bis vier Jahre erstellt. Dabei planen fast 52 Prozent Investitionen im Zusammenhang mit dem DRG-Anpassungsprozess und 43,8 Prozent sehen eine grundlegende Veränderung des Leistungsangebotes vor. Die Aufgabe von Standorten ist nach der Umfrage derzeit weder beschlossen noch vorgesehen.

Zu 5.:

Die Landesregierung sieht keine negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Qualität der Leistungserbringung. In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern, so zeigt die Länderumfrage, hat die Qualität einen hohen Stellenwert. 67,7 Prozent der Krankenhäuser im Land sind bereits zertifiziert oder streben in diesem Jahr noch eine Zertifizierung zur Steigerung der Qualität im Krankenhaus an. 90,8 Prozent der Krankenhäuser erfassen die Zufriedenheit ihrer Patientinnen und Patienten und 84,4 Prozent der Krankenhäuser veröffentlichen ihre medizinischen Leistungsdaten.

Malu Dreyer  
Staatsministerin